

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Die erfreuliche Geburtensteigerung in Bremen durch Investitionen in Kreißsäle unterstützen!

2013 wurden insgesamt 10.300 Kinder in der Stadtgemeinde Bremen geboren. Das sind gut 1000 Geburten mehr als noch 2012. Aktuelle Prognosen gehen erfreulicherweise von weiter steigenden Geburtenzahlen in der Stadtgemeinde Bremen aus. 31,7 Prozent der Patientinnen kamen 2013 aus dem niedersächsischen Umland. Dieser Anteil ist seit 2006 annähernd konstant. Die Versorgung von Neugeborenen und Frühchen ist ein zentraler Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge. Bedarfsgerechte Kapazitäten im Bereich Geburtshilfe müssen für eine familienfreundlichen Kommune eine Selbstverständlichkeit sein.

Der Hygieneskandal am Klinikum Bremen Mitte (KBM) führte 2011 dazu, dass neben der neonatologischen Station auch die normale Entbindungsstation im KBM geschlossen wurde. 2011 waren dort noch 1426 Kinder zur Welt gekommen. Die Schließung sollte in der Folge durch die anderen Häuser in der Stadtgemeinde Bremen kompensiert werden. Schon damals kam es durch schlechtes Informationsmanagement der Gesundheitssenatorin zu erheblichen Problemen bei der Versorgung von Frühchen und im Bereich der Geburtshilfe. Durch die steigenden Geburtenzahlen und die Entscheidung die Geburtshilfestation im KBM nicht wiederzueröffnen sind nun erneut Versorgungslücken offenkundig geworden. Das Fehlen eines in die Landeskrankenhausplanung eingebetteten Gesamtkonzepts macht sich dabei deutlich bemerkbar.

Obwohl für den Bereich Geburtshilfe und Frühchenversorgung ausreichend Betten vorhanden sind, fehlt es in einigen Häusern an Kreißsälen, um die steigenden Geburtenzahlen fachgerecht zu begegnen. Die ohnehin unzureichenden Krankenhausinvestitionen des rot-grünen Senats erschweren es den Kliniken, ausreichend investive Mittel für diesen Bereich der Daseinsvorsorge auszugeben. Es kommt hinzu, dass die Fallpauschalen, die für Entbindungen vorgesehen sind, für die Kliniken wenig wirtschaftliche Anreize setzen. Eine Nachsteuerung ist dringend notwendig.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. der Bürgerschaft umgehend ein mit den Kostenträgern, der Krankenhausgesellschaft und dem Land Niedersachsen abgestimmtes Gesamtkonzept für die Geburtshilfe im Land Bremen vorzulegen, dass dazu geeignet ist Versorgungsengpässe sofort zu beheben.
2. dieses Gesamtkonzept im Rahmen der anstehenden Landeskrankenhausplanung abzusichern.
3. ausreichend Landeskrankenhausinvestitionen zur Verfügung zu stellen, um den Krankenhäusern den Ausbau von Kreißsälen zu ermöglichen.
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Fallpauschalen für den Bereich Geburtshilfe erhöht werden.

Rainer Bensch, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU